

Blog zur Bundestagswahl 2021:

Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates?

#1

Junge Menschen und der Wunsch nach einem aktiven Staat

#3

Klimaschutz ist Thema Nr.1 für junge Menschen – oder nicht?

#2

Staat und Wohnen – darf Wohnraum Ware sein?

#4

Party-Jugend versus OkBoomer – ein neuer Generationenkonflikt?

#5

Was jungen Menschen vor der Bundestagswahl 2021 besonders wichtig ist



Wie schauen
junge Menschen
in Deutschland auf
die Rolle des
Staates?

Blog zur Bundestagswahl 2021

Teil 1

Junge Menschen und der Wunsch nach einem aktiven Staat 6

Teil 2

Staat und Wohnen – darf Wohnraum Ware sein? 12

Teil 3

Klimaschutz ist Thema Nr. 1 für junge Menschen – oder nicht? 18

Teil 4

Party-Jugend versus OkBoomer – ein neuer Generationenkonflikt? 24

Teil 5

Was jungen Menschen vor der Bundestagswahl 2021 besonders wichtig ist 28

Anhang

Über die Studie 48

Über die Autor_innen 51

Über das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung 50

Herausgeberin: Friedrich-Ebert-Stiftung,

Forum Politik und Gesellschaft, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Autor_innen: Dr. Christine Hübner, Sascha Nicke und Dr. Jan Eichhorn,
d|part Think Tank für politische Partizipation

Redaktion: Yvonne Lehmann, Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung: Andreas Rupprecht

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates?

Klimademos, Digitalpakt und nicht zuletzt die Corona-Pandemie – Potenzial für Konflikte zwischen jungen Menschen und dem Staat gab es zuletzt zur Genüge. Welche Ansprüche aber haben junge Menschen in Deutschland an staatliches Handeln? Sollte es jungen Menschen zufolge einen aktiveren Staat geben oder geht es für die meisten eher um weniger Staat? Und welche Bedürfnisse haben die unter 35-Jährigen, die ältere Menschen im Vergleich eher nicht auf dem Schirm haben?

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 wollen wir einen genaueren Blick darauf werfen, wie junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates schauen. Welche Prioritäten setzen die unter 35-Jährigen für die öffentliche Daseinsvorsorge im Land? Wie viel Verantwortung soll der Staat jungen Menschen zufolge für das Leben der Bürger_innen in Deutschland übernehmen? Und was genau soll der Staat zum Beispiel beim Klimaschutz oder beim Thema Wohnen für die Menschen in Deutschland tun?

Wir haben junge Menschen in ganz Deutschland zu diesen Themen befragt. In diesen fünf Beiträgen kann man nachlesen, was sie gesagt haben, welche Maßnahmen sie sich wünschen und wie junge Menschen in Deutschland im Jahr der Bundestagswahl auf die Rolle des Staates schauen.



Teil 1

Junge Menschen und der Wunsch nach einem aktiven Staat

Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf die Rolle des Staates in der öffentlichen Daseinsvorsorge? Was genau wünschen sie sich und wer ist jungen Menschen zufolge für die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in Deutschland verantwortlich? Welche Prioritäten setzen junge Menschen in Deutschland bei der Finanzierung staatlicher Maßnahmen?

Teil 2

Staat und Wohnen – darf Wohnraum Ware sein?

Ob im Wohnheim, in der WG oder in der Mietwohnung – die Hälfte der 16- bis 35-jährigen Deutschen lebt zur Miete. Der angespannte Wohnungsmarkt in Deutschland macht das nicht immer einfach. Wie schauen junge Menschen in Deutschland auf das Thema Wohnen? Und was erwarten sie beim Thema Wohnen vom Staat? Inwieweit beeinflusst die individuelle Wohnsituation die Einstellungen junger Menschen zum Thema Wohnen?

Teil 3

Klimaschutz ist Thema Nr. 1 für junge Menschen – oder nicht?

Klimaschutz ist für viele junge Menschen in Deutschland das Thema Nr. 1. Was aber wünschen sich junge Menschen in Sachen Klimaschutz genau vom Staat? Mit welchen politischen Fragen verknüpfen junge Menschen die Klimapolitik und wie wägen sie klimapolitische Anliegen mit anderen politischen Fragen ab? Und von Klimademos mal abgesehen, inwieweit sind junge Menschen bereit, Politik in Klimafragen mitzugestalten und wenn ja, wie genau?

Teil 4

Party-Jugend versus OkBoomer – ein neuer Generationenkonflikt?

Im Jahr 2020 mussten sich junge Menschen ganz schön was anhören: unvernünftig, unsolidarisch und allein aufs Feiern aus war sie angeblich, „diese Jugend“. Derweil waren viele junge Menschen der Auffassung, dass ihre Interessen in der Politik wenig Gehör fanden, zum Beispiel beim Klimaschutz oder bei den Corona-Maßnahmen. Schwelt in Deutschland ein neuer Generationenkonflikt zwischen Jungen und Alten? Wie sehen junge Menschen das? Und wie wichtig ist das Jungsein überhaupt für die Selbstbilder junger Menschen?

Teil 5

Was jungen Menschen vor der Bundestagswahl 2021 besonders wichtig ist

Viele junge Menschen in Deutschland wünschen sich mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Politik für die Belange ihrer Generationen. Worauf kommt es jungen Menschen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 besonders an? Mit welchen Themen und über welche Kanäle können Politiker_innen viele junge Menschen erreichen? Und wie wichtig sind Wahlen überhaupt für junge Menschen in Deutschland?



1

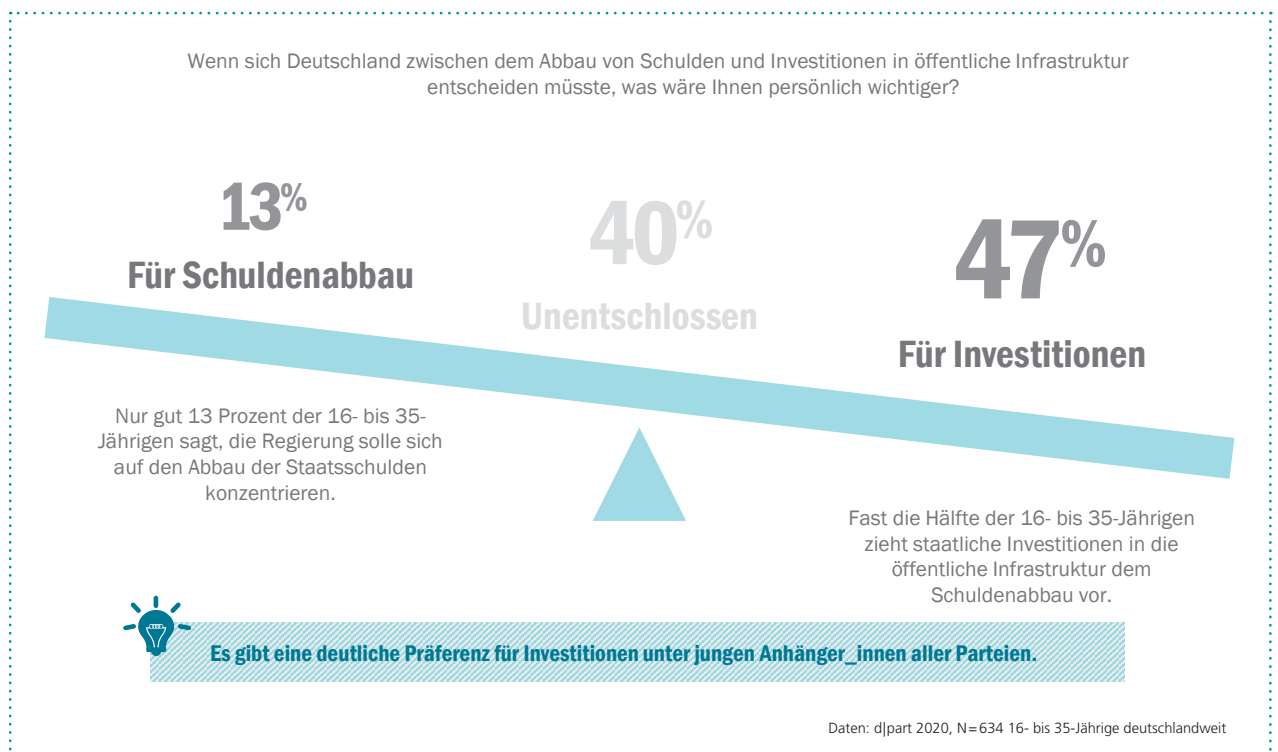
Junge Menschen
und der Wunsch nach
einem aktiven Staat

Junge Menschen in Deutschland setzen verschiedene Prioritäten hinsichtlich der Rolle des Staates, aber die allermeisten haben eines gemeinsam: Sie wünschen sich einen aktiven Staat – einen, der in seine Bürger_innen investiert und öffentliche Leistungen bereitstellt, statt sich aus allem herauszuhalten. Dafür sind viele junge Menschen auch bereit, staatliche Regulierung und höhere Steuern in Kauf zu nehmen – und das über alle politischen Strömungen hinweg! Und: In ihrem Wunsch nach einem aktiven Staat unterscheiden sich junge Menschen teilweise deutlich von der älteren Bevölkerung.

Der Staat = kein Nichtstuer

Wenn es nach jungen Menschen in Deutschland geht, ist der Staat alles, aber auf jeden Fall nicht passiv. Gerade einmal drei Prozent der 16- bis 35-jährigen Befragten waren der Meinung, dass der Staat nicht in das Leben der Bürger_innen in Deutschland eingreifen sollte.

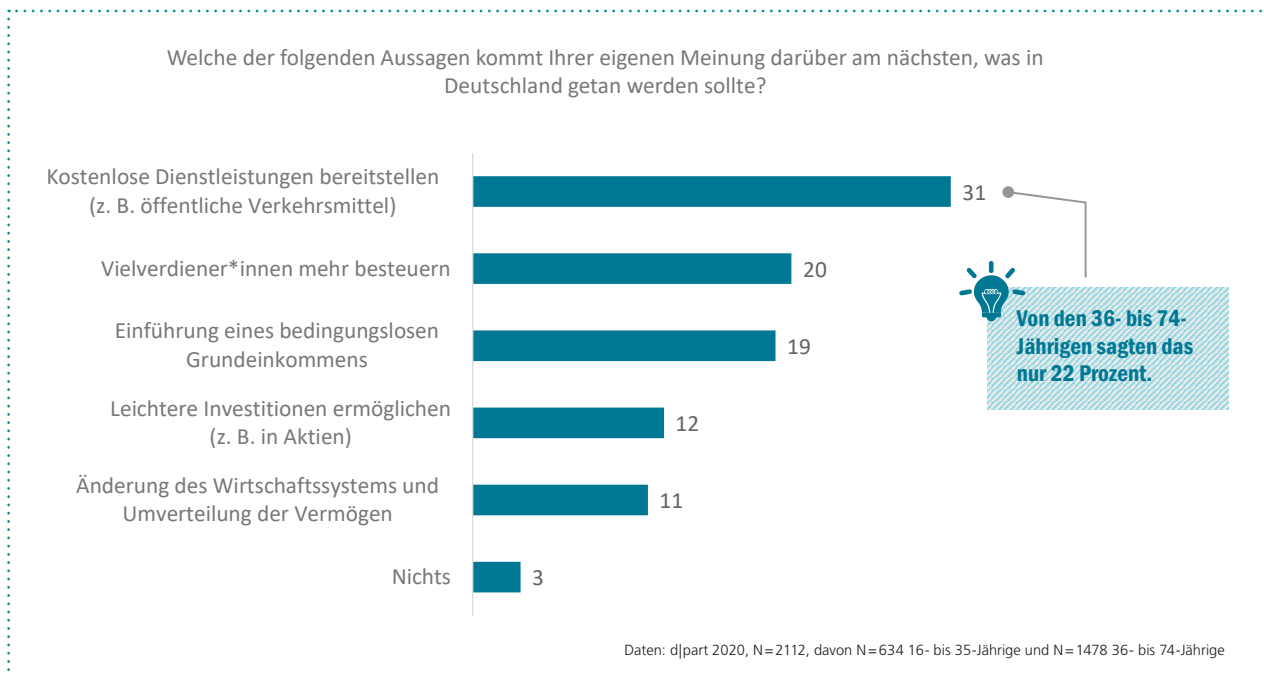
Auch sahen mit 13 Prozent nur wenige junge Menschen die Hauptaufgabe des Staates darin, die Staatsverschuldung Deutschlands abzubauen. Statt Schuldenabbau wünschen sich deutlich mehr junge Menschen in Deutschland Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge. Das gilt für die jungen Anhänger_innen aller politischen Parteien.



Der Staat soll kostenlose Dienstleistungen bereitstellen

Viele junge Menschen in Deutschland sind dafür, dass der Staat konkrete Maßnahmen ergreift, um das Leben in Deutschland zu gestalten – mehr als unter den älteren Mitbürger_innen. Von den 16- bis 35-jährigen Befragten wünschte sich fast jede_r Dritte (31 Prozent), dass der Staat kostenlose Dienstleistungen bereitstellt, etwa einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr.

Besonders beliebt war die Bereitstellung kostenloser Dienstleistungen durch den Staat bei den Jüngsten, denen zwischen 16 und 25 Jahren, bei jungen Frauen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund (jeweils 35 bis 40 Prozent). Von den über 35-Jährigen sagten das Gleiche gerade einmal 22 Prozent – also nur rund eine_r von fünf.



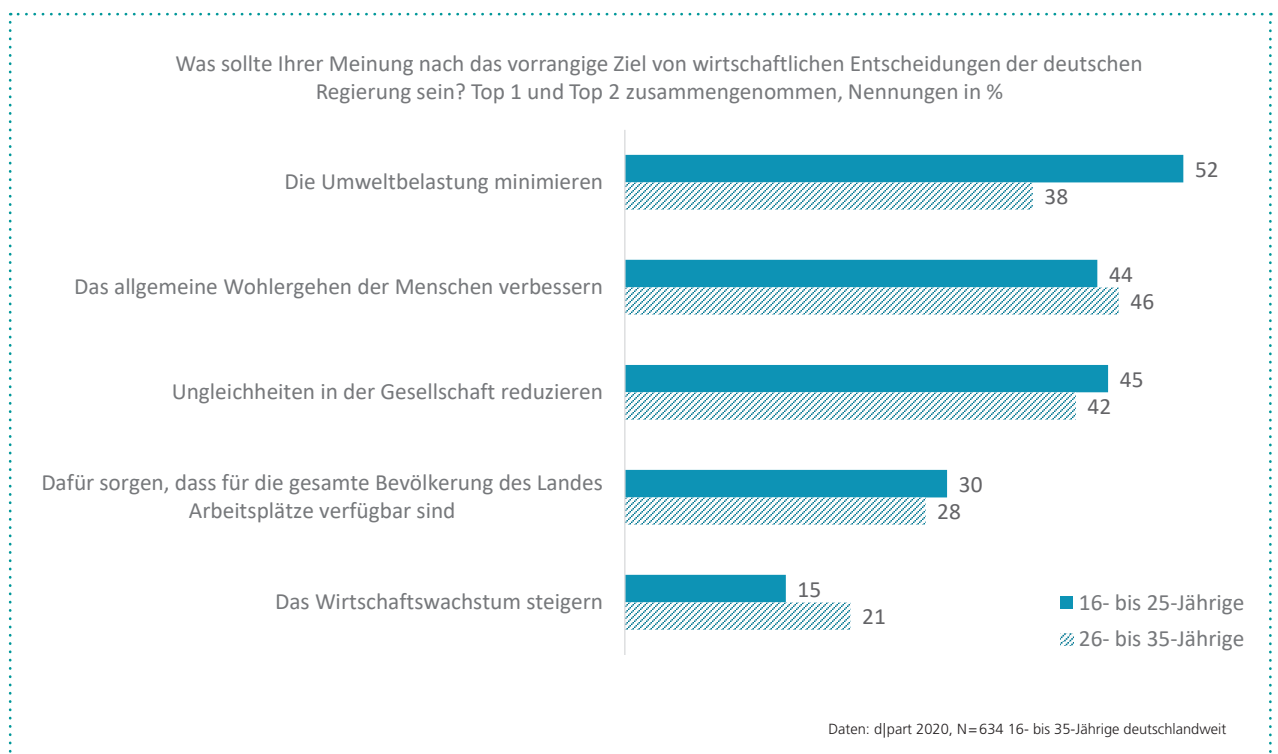
Konkretes Eingreifen auch in andere Lebensbereiche

Auch in anderen Bereichen äußern junge Menschen den Wunsch nach mehr staatlichem Handeln, zum Beispiel beim Thema Wohnen. Mehr als 80 Prozent der befragten 16- bis 35-Jährigen unterstützen Maßnahmen wie den staatlichen Wohnungsbau oder durch den Staat gesetzte Miethöchstgrenzen. Einige junge Menschen wünschen sich zudem, dass der Staat bei der Besteuerung von Vielverdiener_innen mehr eingreift (sagten immerhin 20 Prozent) und dass Maßnahmen wie das bedingungslose Grundeinkommen vorangebracht werden (19 Prozent).

Verschiedene Prioritäten für den Staat

Über den Ruf nach einem aktiven Staat hinaus haben junge Menschen verschiedene Prioritäten für die Rolle des Staates. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es jungen Menschen zufolge, dass der Staat das allgemeine Wohlergehen der Menschen verbessert, Ungleichheiten in der Gesellschaft reduziert und die Umweltbelastung minimiert.

Für die Jüngsten hat die Einschränkung der Umweltbelastung mit Abstand die höchste Priorität: Von den 16- bis 25-Jährigen sagt jede_r Zweite, der Staat solle sich vornehmlich auf den Umwelt- und Klimaschutz konzentrieren. Für die etwas Älteren, diejenigen zwischen 26 und 35 Jahren, sind das allgemeine Wohlergehen und der Abbau sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft mitunter wichtiger.

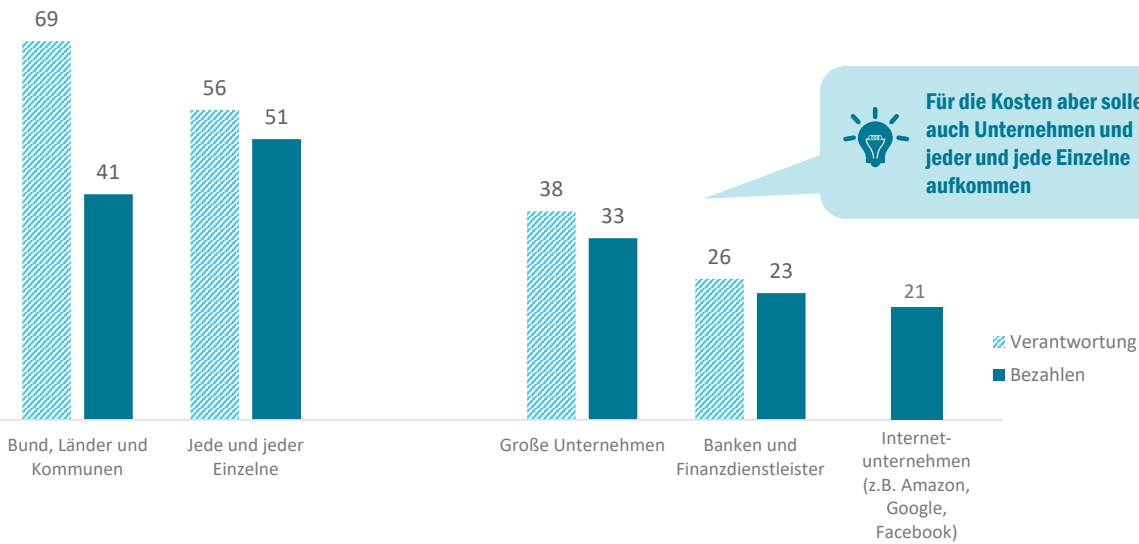


Und wer soll's bezahlen?

Für die allermeisten jungen Menschen ist dabei klar, dass all dies von irgendjemandem bezahlt werden muss. Viele sehen die Hauptverantwortung für die Versorgung der Bürger_innen sowie für die Finanzierung staatlicher Leistungen gleichermaßen bei Bund, Ländern und Kommunen sowie jedem und jeder Einzelnen – also zum Beispiel durch Steuern.

Ein knappes Drittel der jungen Menschen findet aber zudem, dass große Unternehmen, Banken, Finanzdienstleister oder Internetunternehmen mit für die Kosten der öffentlichen Daseinsvorsorge aufkommen sollen – und das unabhängig davon, welcher politischen Partei sie eher nahestehen.

Wer sollte Ihrer Meinung nach in Deutschland Verantwortung / die Kosten übernehmen für die Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern (z.B. Infrastruktur, Wohnen, Gesundheit, Bildung)?



Daten: dj|part 2020, N=634 16- bis 35-Jährige deutschlandweit

Zusammengefasst:

Für die allermeisten jungen Menschen ist es keine Frage, ob der Staat mehr oder weniger Verantwortung übernehmen sollte, sondern eher wie und in welchen Bereichen.

Viele junge Menschen – mehr als unter den älteren – wünschen sich, dass der Staat Dienstleistungen bereitstellt, zum Beispiel kostengünstigen öffentlichen Nahverkehr.

Junge Menschen aller politischer Richtungen ziehen es vor, dass der Staat in die öffentliche Infrastruktur investiert, statt Schulden abzubauen.

Die meisten sehen Bund, Länder und Kommunen in der Hauptverantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge. Beim Bezahlen dieser Leistungen aber sollen jede_r Einzelne sowie Unternehmen und Vermögende größere Verantwortung übernehmen.

#1
Junge Menschen
und der Wunsch nach
einem aktiven
Staat

2

Staat und Wohnen –
darf Wohnraum
Ware sein?

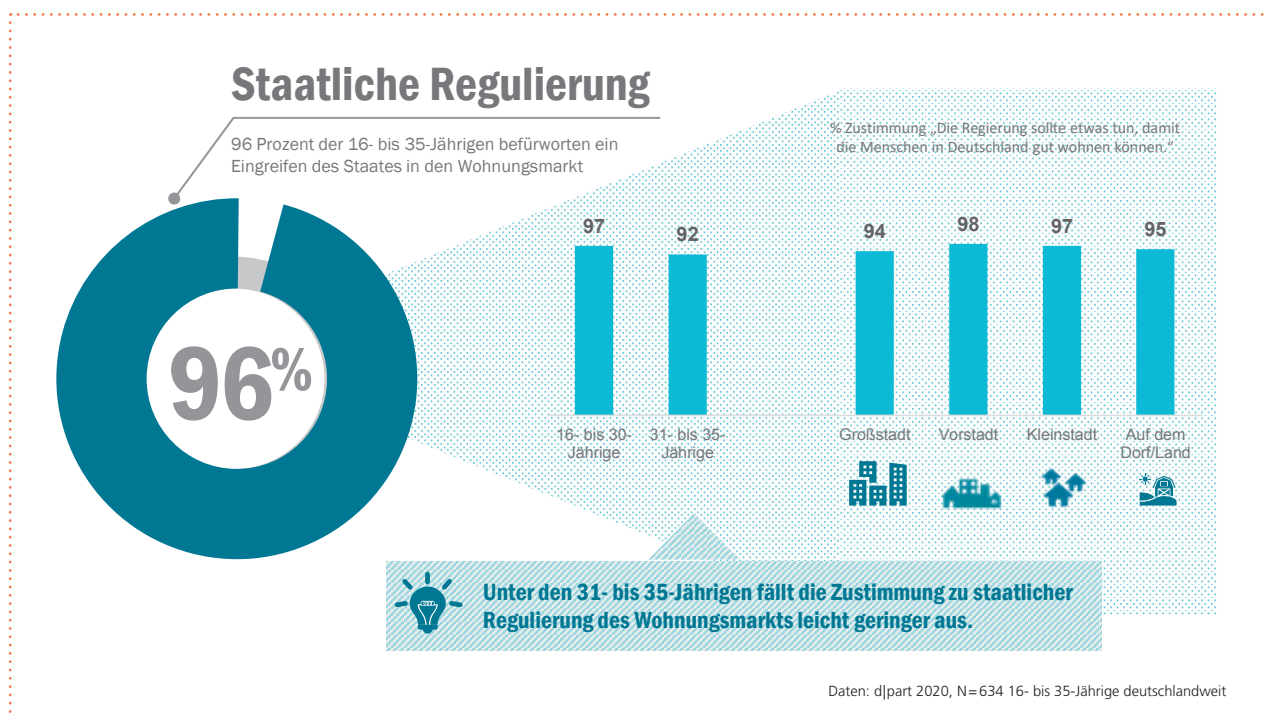
Verdrängen
stoppen!
bleiben hier.

„Nice to miet you!“ – das gilt für die allermeisten jungen Menschen in Deutschland. Ob im Wohnheim, in der WG oder in der Mietwohnung – die Hälfte der 16- bis 35-jährigen Deutschen lebt zur Miete. Der angespannte Wohnungsmarkt in Deutschland macht das nicht immer einfach. Im europäischen Vergleich landet Deutschland in Sachen Belastung durch Wohnungskosten für junge Menschen hinter Griechenland und Dänemark auf einem besorgniserregenden Platz 3.¹ Wie erleben junge Menschen in Deutschland das und wie schauen sie auf das Thema Wohnen? Und was erwarten sie beim Thema Wohnen vom Staat?

Der Staat soll sich in den Wohnungsmarkt einmischen

Viele junge Menschen in Deutschland befürworten staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Gerade einmal vier Prozent der jungen Befragten sagten, der Staat solle sich ganz aus dem Wohnungsmarkt heraushalten und nichts für das Wohnen in Deutschland tun.

Das ist bei der mitunter angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in deutschen Großstädten auch nicht weiter verwunderlich. Aber es sind nicht nur junge Großstädter_innen, die sich wünschen, dass der Staat endlich Maßnahmen ergreift. Auch von denjenigen Befragten, die auf dem Land oder in kleineren Städten wohnen, fand eine große Mehrheit, dass der Staat den Wohnungsmarkt in Deutschland regulieren sollte.



1 Eurostat 2018. [Housing cost overburden rate for young people \(aged 15-29 years\), 2018.](#)

Wohnen soll keine Ware sein

Für die wenigsten jungen Menschen in Deutschland ist Wohnen eine handelbare Ware, deren Preis sich allein über Angebot und Nachfrage bestimmen sollte (17 Prozent). Eine deutliche Mehrheit – insgesamt 84 Prozent der befragten 16- bis 35-Jährigen – findet, dass der Wohnungsmarkt vom Staat reguliert und Wohnen als Grundbedürfnis betrachtet werden sollte. Vor allem für junge Frauen und junge Menschen, die eher linken Parteien wie der SPD, den Linken oder den Grünen nahestehen, gilt, dass mit Mieten kein Profit gemacht werden sollte.

Über das Ausmaß der staatlichen Regulierung – ob eher mäßig oder weitreichend – herrscht allerdings Uneinigkeit. Von den jungen Menschen in Deutschland, die grundsätzlich für staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt sind, sagte gut die Hälfte, der Staat solle sich nicht allzu sehr einmischen (44 Prozent aller Befragten). Andere unterstützen derweil die etwas radikalere Forderung, dass mit Mieten in Deutschland überhaupt keine Profite erwirtschaftet werden sollten (40 Prozent).

Welche dieser Aussagen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

17%

Freier Markt

Wohnungen sind ein Gut wie jedes andere. Mietpreise sollen über Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt bestimmt werden.

44%

Mäßige Regulierung

Der Wohnungsmarkt muss reguliert werden, der Staat sollte sich aber nicht zu sehr einmischen.

40%

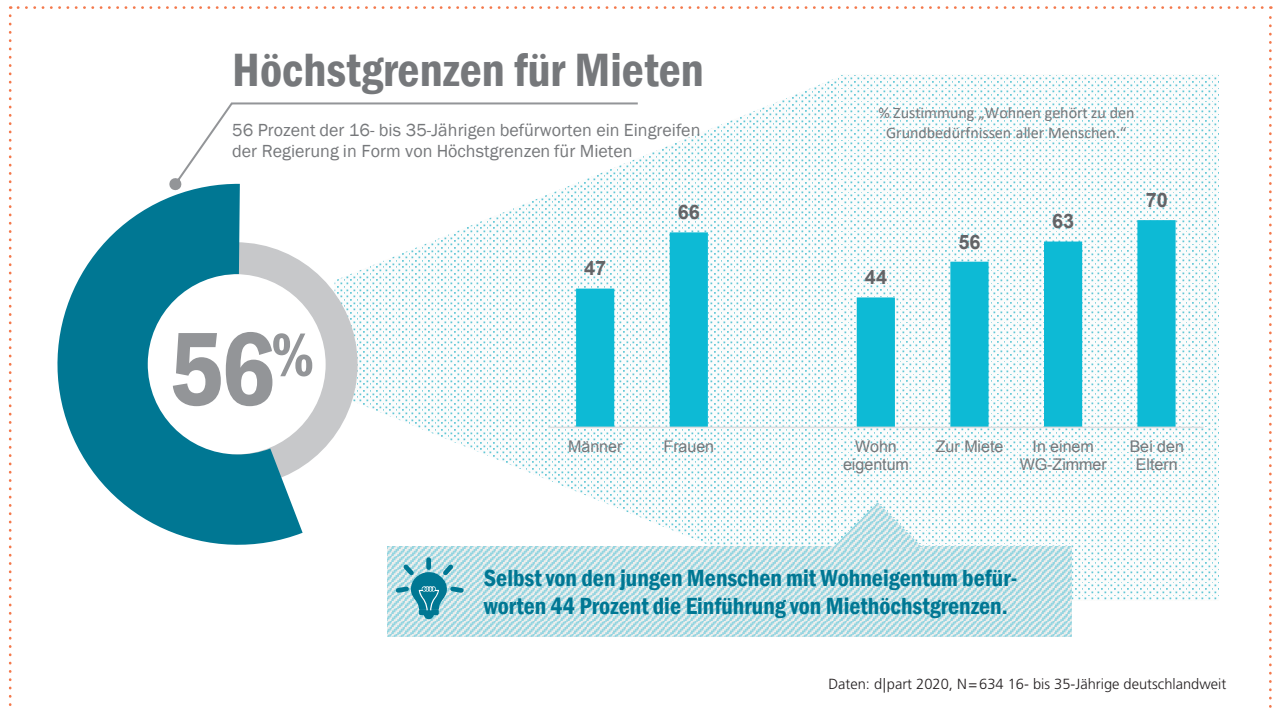
Wohnen = Grundbedürfnis

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen aller Menschen. Mit Mieten sollten keine Profite erwirtschaftet werden.

Daten: djpart 2020, N=634 16- bis 35-Jährige deutschlandweit

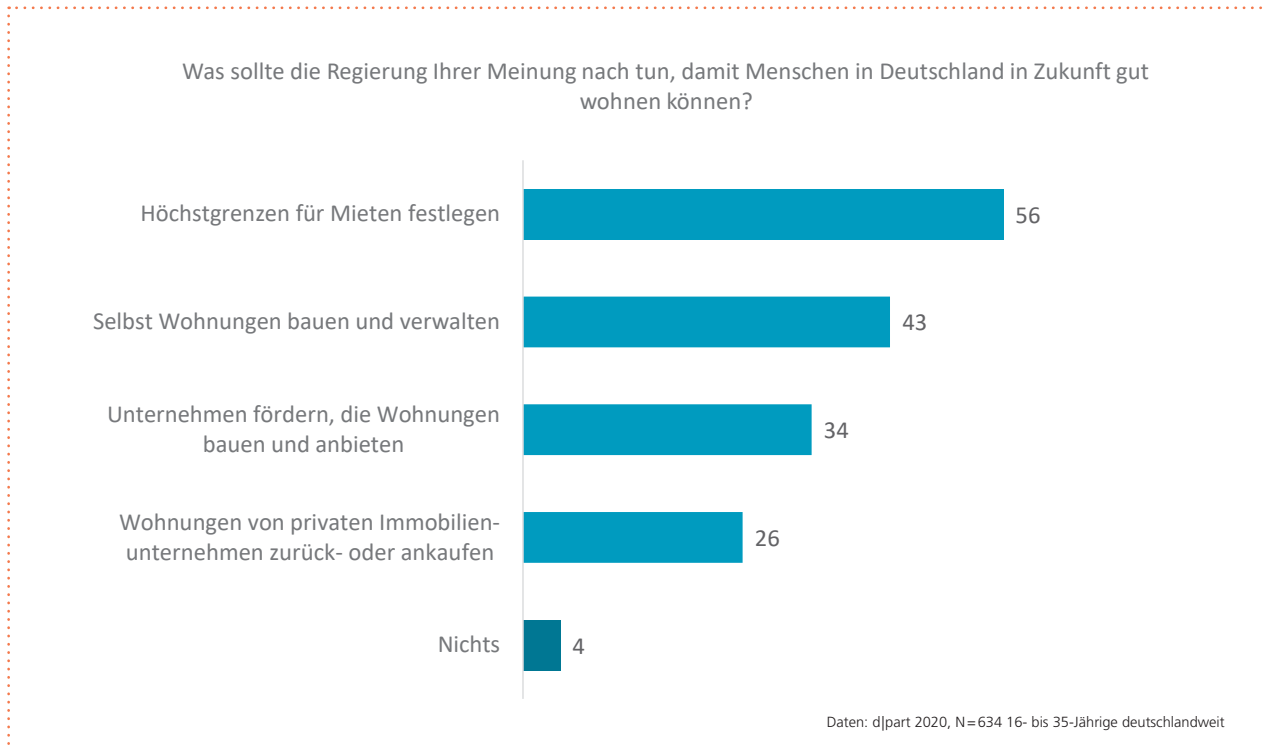
Höchstgrenzen für Mieten finden breite Unterstützung

Wie genau der Wohnungsmarkt reguliert werden sollte, dafür sehen junge Menschen in Deutschland verschiedene Möglichkeiten. Eine Mehrheit (56 Prozent) ist für die Einführung von Höchstgrenzen für Mieten – darunter logischerweise vor allem die jungen Menschen, die selbst zur Miete wohnen. Auch sind junge Frauen viel eher für die Einführung von Miethöchstgrenzen als junge Männer. Aber ebenso von denjenigen, die schon eine eigene Wohnung oder gar ein eigenes Haus besitzen, präferieren 44 Prozent eine Regulierung von Mieten durch den Staat.



Oder gleich ein ganzes staatliches Wohnungsbauprogramm?

Neben der Festlegung von Miethöchstgrenzen können sich viele junge Menschen in Deutschland auch vorstellen, dass der Staat auf andere Weise in den Wohnungsmarkt eingreift: zum Beispiel durch den Rückkauf von Wohnungen (26 Prozent) oder gleich durch ein ganzes staatliches Wohnungsbauprogramm (43 Prozent). Andere ziehen es dagegen vor, wenn der Staat eher indirekt auf den Wohnungsmarkt einwirkt, zum Beispiel durch die Förderung von Unternehmen, die dann Wohnungen bauen und anbieten (34 Prozent).



Die politische Richtung zählt

Welche Art staatlicher Regulierung für den Wohnungsmarkt junge Menschen vorziehen, hängt maßgeblich davon ab, welcher politischen Strömung sie nahestehen. Junge Befragte, die angaben, eher Anhänger_innen linker Parteien zu sein, unterstützten mehrheitlich die Einführung von Miethöchstgrenzen (70 Prozent). Diejenigen, die sich eher dem Konservativen oder dem rechten Lager zugehörig fühlten, zogen es vor, dass der Staat selbst Wohnungen baut und verwaltet. Das sagten immerhin 49 bis 59 Prozent dieser Befragten!

Zusammengefasst:

- Die Mehrheit der jungen Menschen findet, dass der Wohnungsmarkt reguliert werden sollte. Nur eine Minderheit möchte, dass Wohnungen wie Güter frei am Markt gehandelt werden dürfen.
- Vor allem für junge Frauen und junge Anhänger_innen von SPD, Linken und Grünen gilt, dass Wohnen ein Grundbedürfnis ist und mit Mieten kein Profit gemacht werden sollte.
- Konkret unterstützen viele junge Menschen Maßnahmen, mit denen der Wohnungsmarkt reguliert werden kann.
- Eine Mehrheit ist für Höchstgrenzen bei den Mieten, vor allem unter den Anhänger_innen linker Parteien. Viele unterstützen auch, dass der Staat selbst Wohnungen baut und verwaltet.
- Junge Menschen unterstützen regulierende Maßnahmen unabhängig von der eigenen Wohnsituation. Selbst von den jungen Menschen mit Wohneigentum unterstützt fast die Hälfte eine Regulierung des Mietmarkts.

#2
Staat und
Wohnen – darf
Wohnraum Ware
sein?

3

MAKE
LOVE
not 
CO₂

Klimaschutz ist
Thema Nr.1 für junge
Menschen – oder nicht?

Nicht erst seit den großen Klimademos ist klar: Klimaschutz ist für viele junge Menschen in Deutschland das Thema Nr. 1. Was aber wünschen sich junge Menschen in Sachen Klimaschutz genau vom Staat und inwieweit sind sie bereit, Klimapolitik aktiv mitzugestalten?

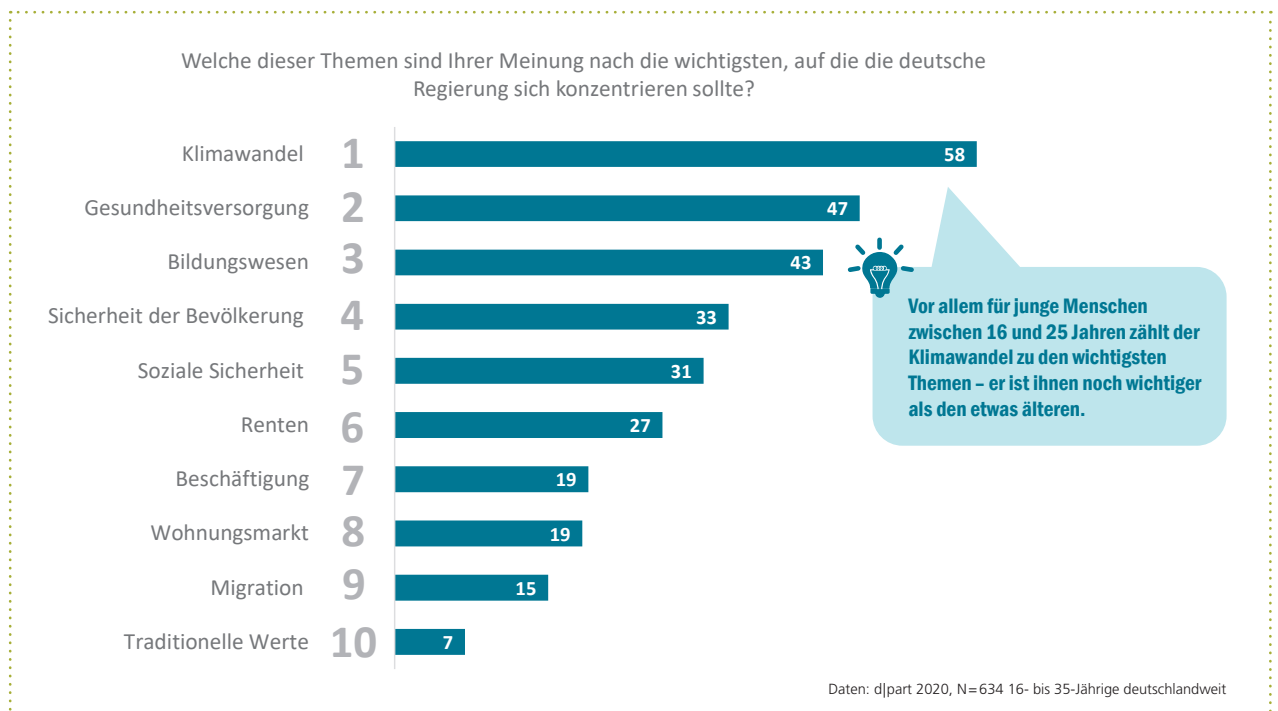
Ein genauerer Blick auf die Einstellungen zur Klimapolitik zeigt: Viele junge Menschen wägen Klimaschutzmaßnahmen sorgfältig gegen andere politische Aufgaben ab. Und in der Prioritätenliste vieler junger Menschen ist der Klimaschutz nicht die uneingeschränkte Nr. 1.

Vor allem für die Jüngsten ist Klimaschutz Thema Nr. 1

Die Eindämmung des Klimawandels hat für viele junge Menschen in Deutschland die höchste politische Priorität. Wenn gefragt wird, worauf sich die Regierung in ihrer Arbeit konzentrieren sollte, sagen sechs von zehn der unter 35-Jährigen: „auf den Klimawandel!“

Es gibt weitere Themen, die bei vielen jungen Menschen zuverlässig in den Top 3 der wichtigsten politischen Themen landen, allen voran die Gesundheitsversorgung – klar im Coronajahr! – und die Verbesserung der Bildung in Deutschland. Aber kein Thema wird häufiger als das allerwichtigste genannt als die Bekämpfung des Klimawandels.

Vor allem für die Jüngsten – die 16- bis 25-Jährigen – hat die Eindämmung des Klimawandels Priorität. In dieser Altersgruppe war das für sieben von zehn Befragten eines der wichtigsten Themen (69 Prozent). Den etwas Älteren sind andere Politikbereiche ebenso wichtig und mitunter gar wichtiger. Ginge es allein nach den 26- bis 35-Jährigen in Deutschland, so würde sich die Regierung in ihrer Arbeit neben dem Klimawandel in gleichem Maße auch auf die Gesundheitsversorgung, Bildung und die soziale Sicherheit der Menschen in Deutschland konzentrieren.

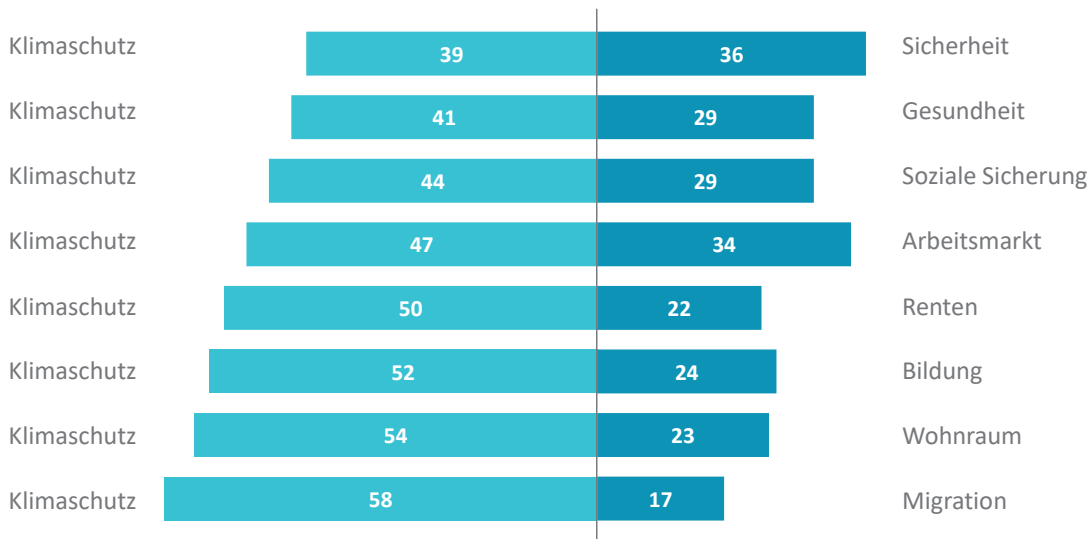


Klimaschutz hat keine uneingeschränkte Priorität

Obwohl der Klimaschutz ein absolutes Topthema ist, hat er für viele junge Menschen in Deutschland keine uneingeschränkte Priorität. Wenn sich die Regierung in ihrer Arbeit auf nur ein Thema konzentrieren müsste, wägen die allermeisten jungen Menschen den Klimaschutz sorgfältig gegen andere politische Themen ab.

Vor allem bei der Sicherheit der Bevölkerung, der Gesundheitsversorgung, der sozialen Sicherheit und beim Thema Arbeitsmarkt wollen viele junge Menschen lieber keine Einschränkungen gegenüber dem Klimaschutz in Kauf nehmen. Von denjenigen 16- bis 35-Jährigen, für die die Eindämmung des Klimawandels zu den wichtigsten politischen Themen gehört, finden ungefähr gleich viele, dass Sicherheit doch noch etwas wichtiger sei als der Klimawandel und umgekehrt. Im Vergleich zur Gesundheitsversorgung sprechen sich zwar mehr junge Menschen zugunsten des Klimaschutzes aus (41 Prozent). Aber immerhin 29 Prozent sähen es lieber, wenn die Regierung ihre Arbeit zuallererst auf die Gesundheitsversorgung konzentriert.

Und wenn Sie entscheiden müssten, worauf sollte die Regierung ihre Arbeit konzentrieren? Auf Umwelt- und Klimaschutz oder auf... (für diejenigen, die das Thema als eines ihrer Top-3 gewählt haben, in %)



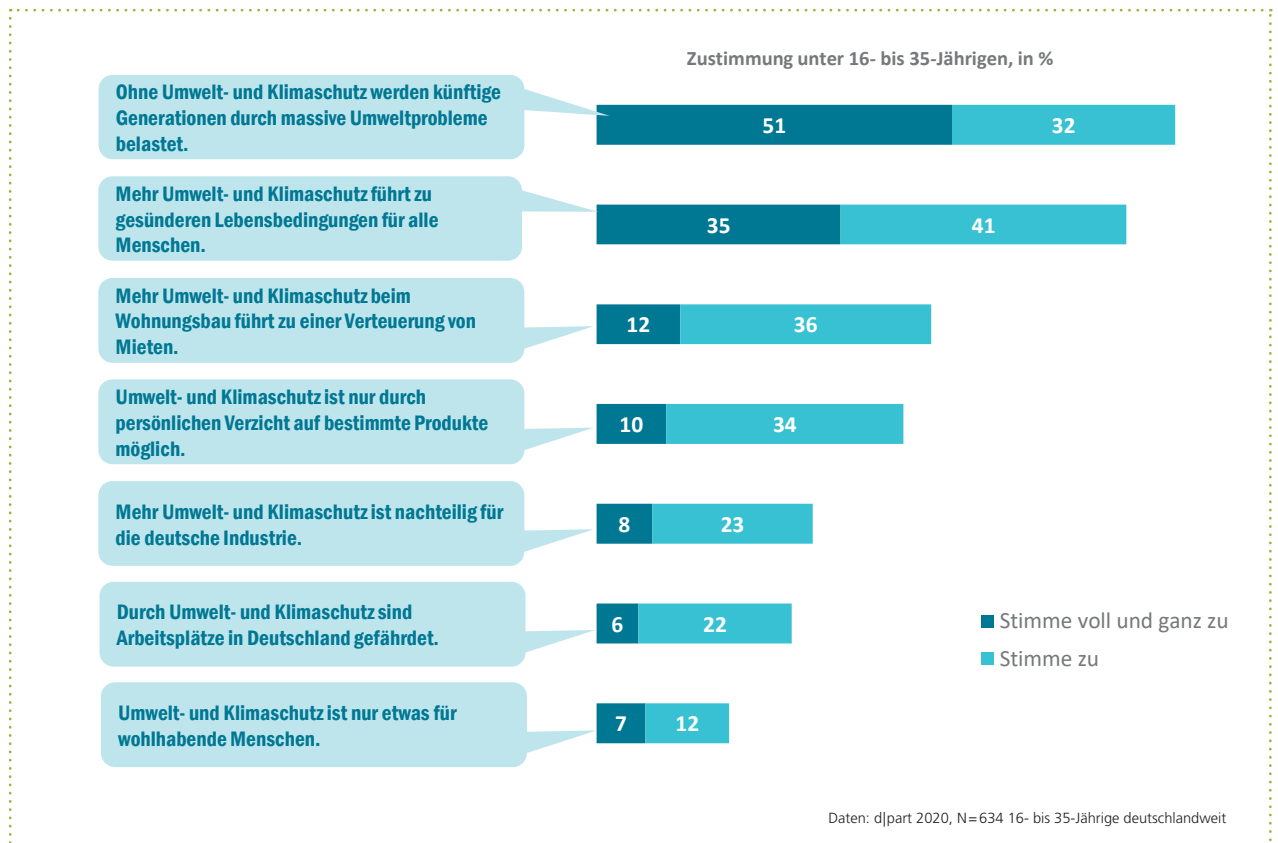
Daten: djpart 2020, N=634 16- bis 35-Jährige deutschlandweit

Junge Menschen mit Sorgen zu den Auswirkungen von Klimapolitik

Das liegt auch daran, dass sich viele junge Menschen zwar in erster Linie Gedanken über das Klima machen, aber eben auch um andere politische Fragen. Zudem machen sich viele junge Menschen in Deutschland Sorgen über die Auswirkungen, die Klimaschutzmaßnahmen auf ihr eigenes und das Leben der Menschen in Deutschland haben könnten.

Einerseits sagten 83 Prozent der 16- bis 35-jährigen Befragten klar, dass künftige Generationen massiv belastet werden, wenn nichts gegen den Klimawandel getan wird. Andererseits befürch-

tete rund jede_r Zweite (48 Prozent), dass Klimaschutzmaßnahmen – zum Beispiel beim Wohnungsbau – zu einer Verteuerung von Mieten führen werden.



Klimapolitik mit anderen wichtigen Themen verknüpfen

Deshalb ist die beste Klimapolitik aus Sicht junger Menschen eine, die ihre Sorgen zum Klimaschutz mit anderen wichtigen politischen Themen verknüpft. So sprachen sich beispielsweise fast alle 16- bis 35-jährigen Befragten (97 Prozent) dafür aus, dass der Staat die Themen Wohnen und Klimaschutz zusammen angehen sollte.

Das ginge laut jungen Menschen zum Beispiel durch die Subventionierung von energieeffizienten Neubauten (33 Prozent) oder mit umweltfreundlichen Vorschriften zur Nutzung von Solarenergie und Wärmedämmung (15 und 13 Prozent jeweils). Einige junge Menschen finden gar, der Staat solle selbst in den Markt für energieeffizienten Wohnraum einsteigen (18 Prozent) oder den Bau neuer Wohnungen ohne gute Energieeffizienz gleich ganz verbieten (15 Prozent).

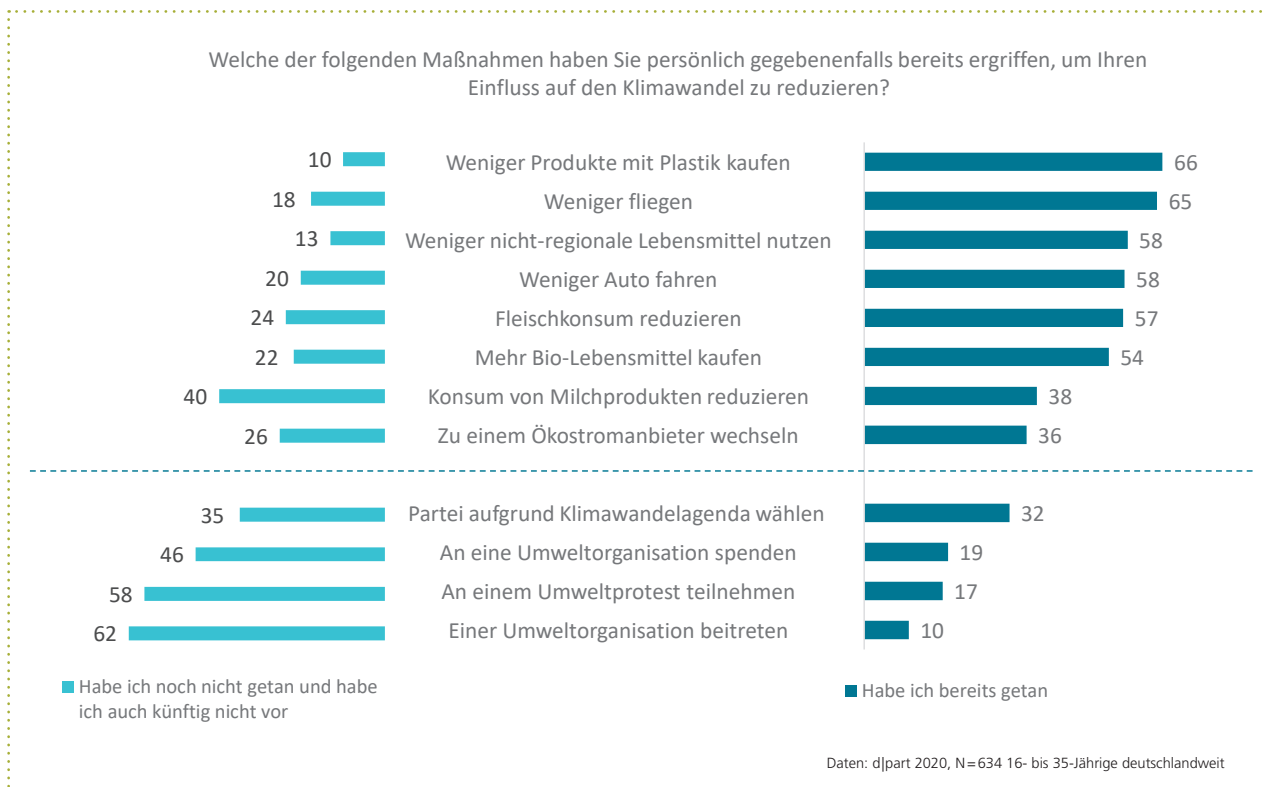
Junge Menschen wollen selbst zum Klimaschutz beitragen

Grundsätzlich sind die allermeisten jungen Menschen bereit, persönlich zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen. Vor allem unter den Jüngsten, den 16- bis 20-Jährigen, fühlen sich über 60

Prozent der Befragten stark oder sehr stark persönlich dafür verantwortlich, den Klimawandel zu reduzieren.

Viele junge Menschen versuchen bereits, aktiv den eigenen Einfluss auf den Klimawandel zu reduzieren – in erster Linie durch die Einschränkung des persönlichen Konsums. Zwei Drittel der 16- bis 35-jährigen Befragten gaben an, weniger Plastikprodukte zu kaufen (66 Prozent) oder weniger zu fliegen (65 Prozent). Fast ebenso viele setzten auf regionale Lebensmittel, reduzierten ihren Fleischkonsum oder fuhren weniger Auto (57 bzw. 58 Prozent jeweils). Und zwei Drittel der Befragten (68 Prozent) wären bereit, zur Finanzierung von staatlichen Klimaschutzmaßnahmen höhere Steuern in Kauf zu nehmen.

Anders sieht es aus, wenn es um die Eindämmung des Klimawandels durch gemeinschaftliches Engagement geht. Weniger als 20 Prozent der 16- bis 35-Jährigen sagten jeweils, dass sie schon einmal an einem Umweltprotest teilgenommen, an eine Umweltorganisation gespendet haben oder einer Umweltorganisationen beigetreten sind. Auch wären nur rund ein Drittel der Befragten bereit, eine politische Partei aufgrund ihrer Klimawandelagenda zu wählen. Trotz #FridaysForFuture-Demos geht es den allermeisten jungen Menschen beim Klimawandel also eher um individuelle statt um kollektive Lösungen.

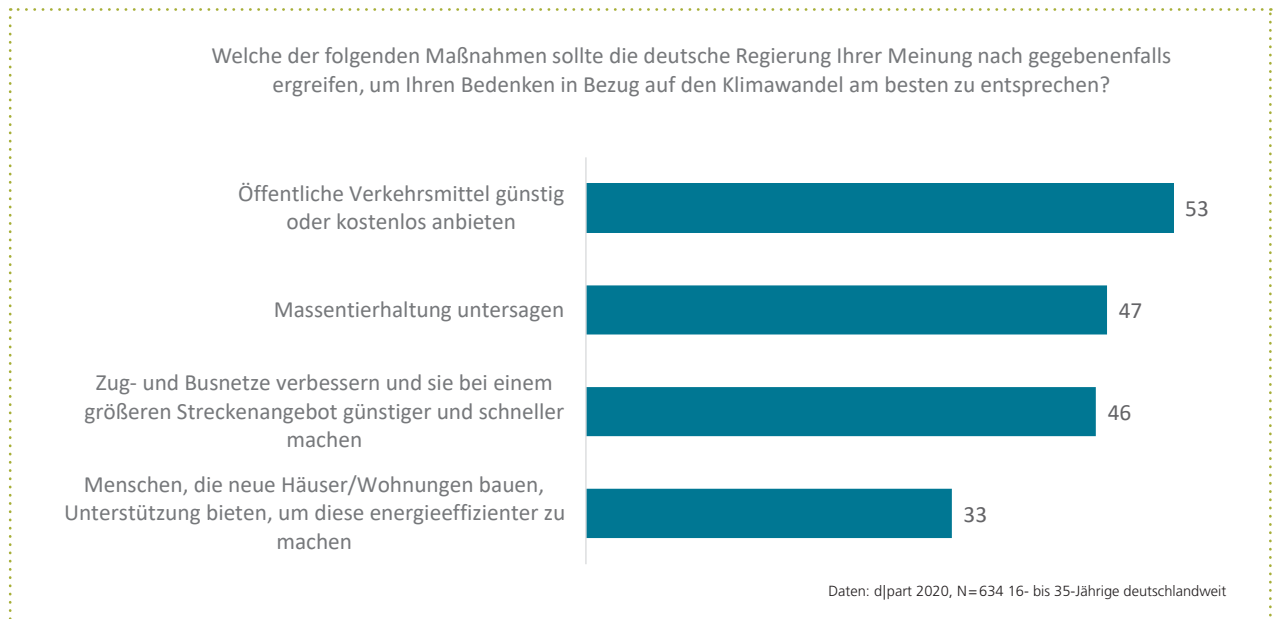


Der Staat soll einen klimafreundlichen Lebensstil ermöglichen

Der entscheidende Impuls zum klimafreundlichen Leben soll dabei vom Staat kommen. Ginge es nur nach jungen Menschen, dann würde die Regierung die Menschen in Deutschland mit einer Mischung aus Verboten von klimaschädlichem und Belohnung von klimafreundlichem Verhalten

ten zum Klimaschutz bewegen. Zusammengefasst wünschten sich das insgesamt immerhin 77 Prozent der 16- bis 35-jährigen Befragten.

Für die meisten jungen Leute ließe sich am besten für mehr Klimaschutz sorgen, wenn der Staat öffentliche Verkehrsmittel günstig oder gleich ganz kostenlos bereitstellt (sagten immerhin 53 Prozent der Befragten), Zug- und Busnetze ausbaut, damit es günstiger und schneller wird, diese zu nutzen (46 Prozent), den Bau energieeffizienter Häuser und Wohnungen subventioniert (33 Prozent) oder die Massentierhaltung verbietet (47 Prozent).



Zusammengefasst:

Jungen Menschen sind Maßnahmen zum Klimaschutz generell sehr wichtig und das Thema stellt für viele eine Priorität dar – vor allem für die Jüngsten (die 16- bis 25-Jährigen).

Junge Menschen wägen Klimaschutz immer mit anderen politischen Themen ab.

Junge Menschen machen sich Sorgen über die Konsequenzen von Klimaschutzpolitik (zum Beispiel steigende Mieten) und wünschen sich Maßnahmen, die Klimaschutz mit anderen politischen Fragen verbinden.

Grundsätzlich findet Klimapolitik die meiste Zustimmung, die auf die Bereitstellung von Infrastruktur für ein persönlich besseres Handeln hinwirkt.

Beim Klimaschutz setzen junge Menschen eher auf individuelle statt auf kollektive Lösungen.

#3
Klimaschutz ist
Thema Nr. 1 für junge
Menschen – oder
nicht?



4

Party-Jugend versus
OkBoomer – ein neuer
Generationenkonflikt?

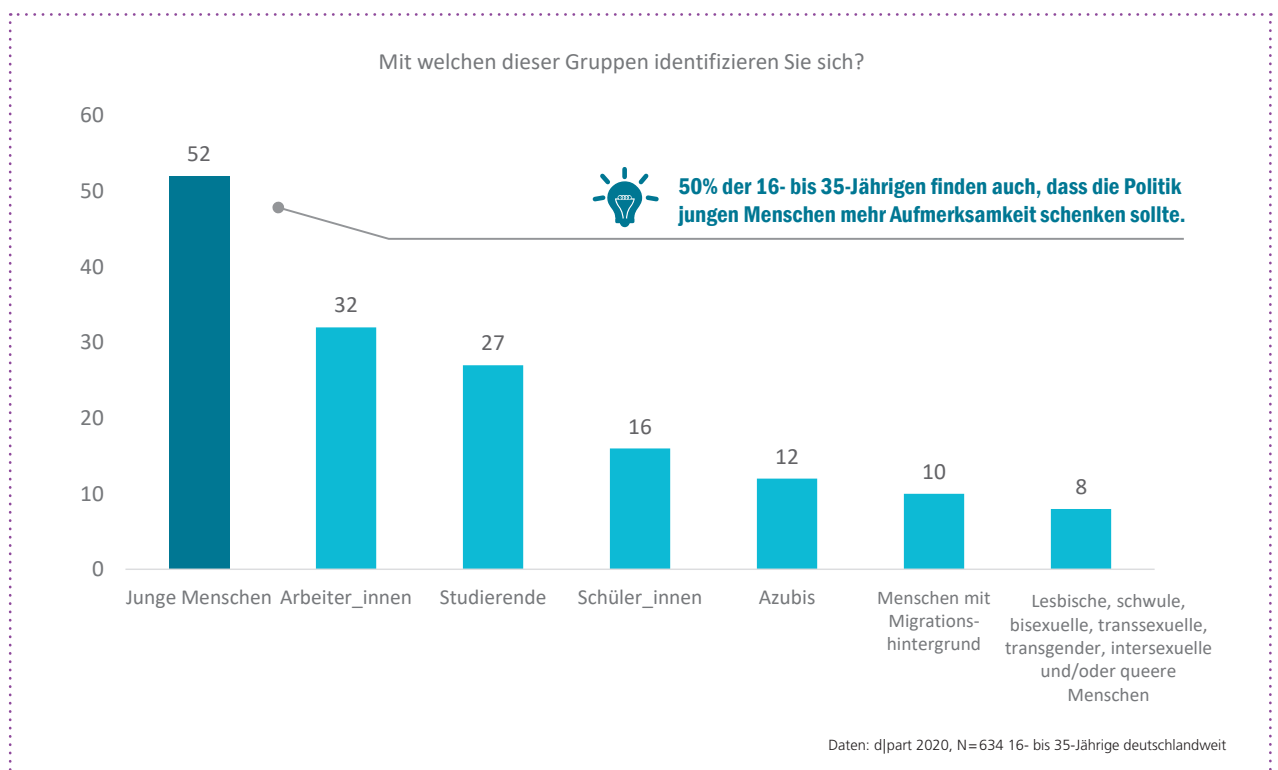
Im Zuge der Corona-Pandemie mussten sich junge Menschen ganz schön was anhören: unvernünftig, unsolidarisch und allein aufs Feiern aus war sie angeblich, „die Jugend“. Derweil beschwerten sich junge Menschen, dass ihre Bedürfnisse bei der Gestaltung von Corona-Maßnahmen wenig Gehör fanden.² Schnell war von einem neuen Generationenkonflikt die Rede.

Wie sehen junge Menschen das selbst – gibt es das Potenzial für einen neuen Generationenkonflikt zwischen Jungen und Alten in Deutschland? Und ist das Jungsein überhaupt wichtig für diejenigen, die allein aufgrund ihres Alters gemeinhin als jung eingestuft werden?

Junge Menschen mit vielen Identitäten

In der Tat, das Jungsein spielt für viele junge Menschen in Deutschland eine große Rolle. Immerhin 52 Prozent der 16- bis 35-jährigen Befragten identifizierten sich als junge Menschen. Jung zu sein ist aber für viele bei Weitem nicht die einzige wichtige Identitätskategorie. Im Schnitt nannten die Befragten mindestens zwei verschiedene Gruppen, mit denen sie sich identifizierten.

Genauso wie als junge Menschen sahen sich die Befragten auch als Arbeiter_innen (insgesamt 32 Prozent der Befragten), Studierende (27 Prozent), Schüler_innen (16 Prozent) und Azubis (12 Prozent). Und viele junge Menschen identifizierten sich zudem als Kinder oder Eltern (bis zu 17 Prozent der Befragten), als Menschen mit Migrationshintergrund (10 Prozent) oder über ihre Sexualität (8 Prozent).

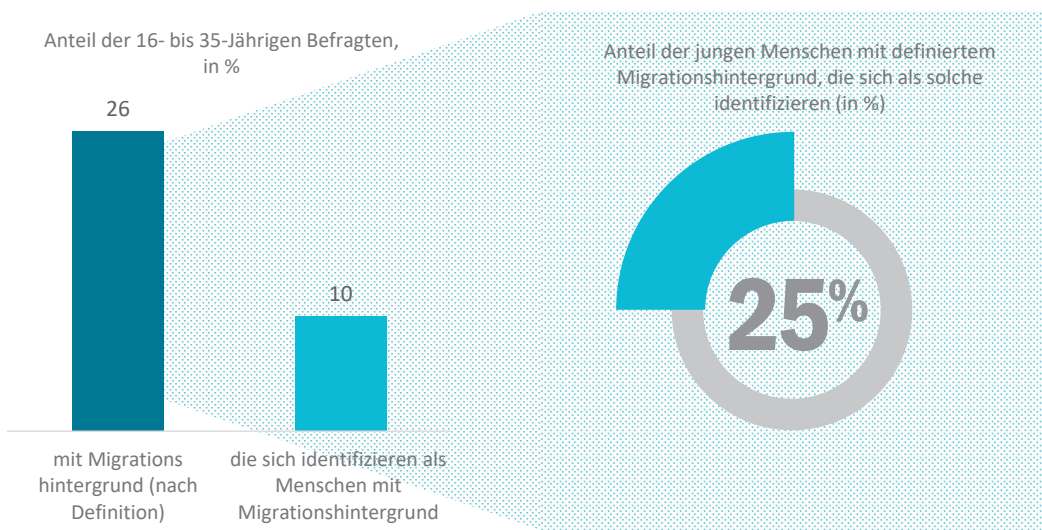


² Das sagten zum Beispiel 44 Prozent der insgesamt 1.011 16- bis 26-jährigen Befragten der [Jugendstudie der TUI-Stiftung](#) im September 2020.

Es zählt, wie sich junge Menschen selbst wahrnehmen

Es lohnt sich immer, und nicht nur aufgrund der Vielfalt von Identitäten, junge Menschen selbst nach ihren Zugehörigkeitsgefühlen zu fragen. Zuschreibungen von außen, wie die als Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise, sind mit Vorsicht zu genießen. Nur ein Viertel derjenigen Befragten, die statistisch – also aufgrund der eigenen oder der Familienbiographie – als Mensch mit Migrationshintergrund eingestuft wurden, identifizierte sich selbst auch so.

Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde.



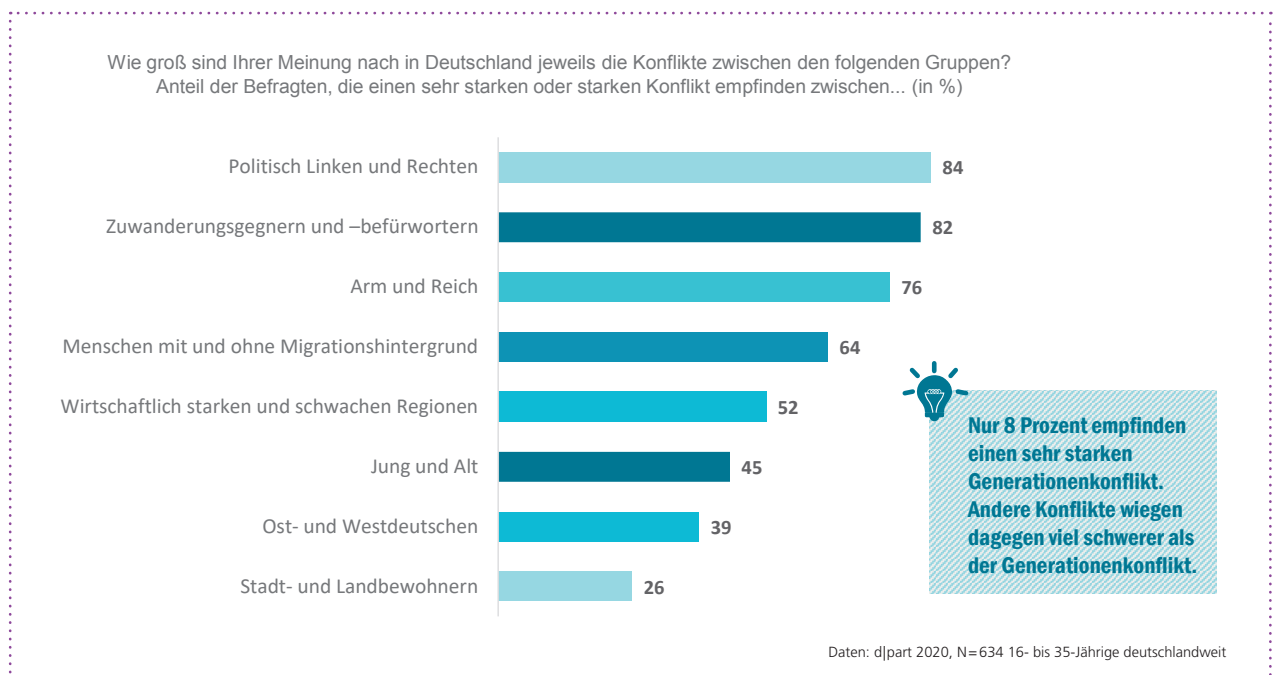
Daten: dj|part 2020, N=634 16- bis 35-Jährige deutschlandweit

Wenig Potenzial für einen neuen Generationenkonflikt

Gibt es bei so vielfältigen Identitäten bei jungen Menschen überhaupt Platz für einen neuen Generationenkonflikt? Ja, nein, äh – jein.

Direkt gefragt, sagte mehr als die Hälfte der 16- bis 35-Jährigen (55 Prozent), dass es in Deutschland eher keinen Konflikt gibt zwischen Jung und Alt. Auf der anderen Seite sahen 45 Prozent der Befragten durchaus Konfliktpotenzial zwischen Jung und Alt. Als „sehr stark“ empfanden aber gerade einmal acht Prozent der befragten jungen Menschen den Konflikt zwischen den Generationen.

Andere Konflikte wiegen jungen Menschen zufolge viel schwerer in der Gesellschaft. So empfand eine überwiegende Mehrheit der Befragten – 84 Prozent insgesamt – einen starken Konflikt zwischen politisch Linken und Rechten in Deutschland. Und fast ebenso viele (82 Prozent) erleben einen starken Konflikt in Sachen Zuwanderung: zwischen Zuwanderungsbefürworter_innen und Zuwanderungsgegner_innen. Auch den sozialen Unterschied zwischen Arm und Reich bewerteten 76 Prozent der jungen Menschen als einen starken Konflikt. Im Vergleich betrachtet also sieht die Mehrheit der jungen Menschen den Generationenkonflikt nicht gerade als ein zentrales gesellschaftliches Problem.

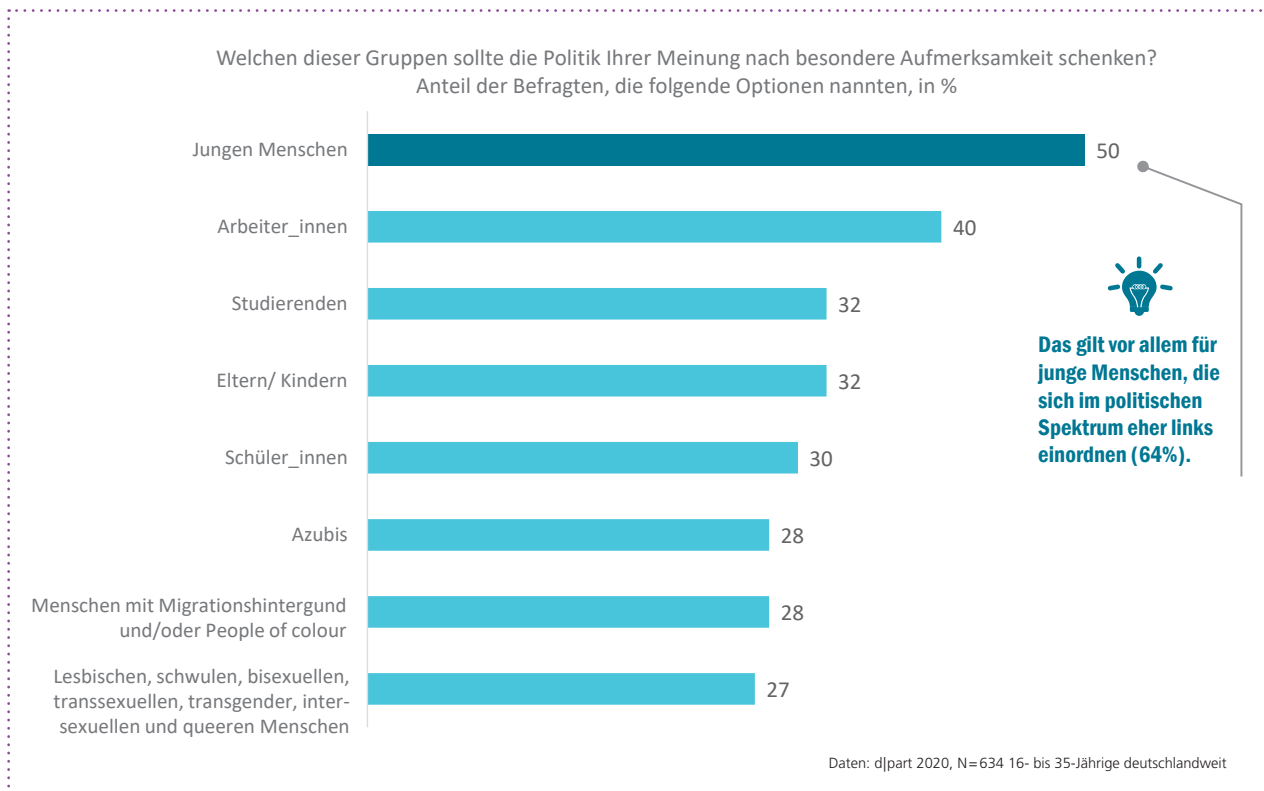


Solidarität mit vielen gesellschaftlichen Gruppen

Statt einen neuen Generationenkonflikt heraufzubeschwören, zeigen sich junge Menschen vielmehr verschiedensten Gruppen in der Gesellschaft gegenüber solidarisch. Zwar wünschte sich die Hälfte aller Befragten, dass die Politik vor allem ihnen selbst – als jungen Menschen – mehr Aufmerksamkeit schenke. Das ist im Zuge von Beschwerden darüber, dass die Bedürfnisse junger Menschen in der Politik vor allem im Rahmen der Corona-Pandemie wenig Gehör fanden, auch wenig verwunderlich.³

Allerdings wünschten sich viele Befragte zudem mehr Aufmerksamkeit von der Politik für andere gesellschaftliche Gruppen – allen voran für Arbeiter_innen (sagten immerhin 40 Prozent), Studierende, Eltern und Kinder (jeweils 32 Prozent), Schüler_innen (30 Prozent), Azubis, Menschen mit Migrationshintergrund (jeweils 28 Prozent), lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen (27 Prozent) – und zwar auch dann, wenn sie sich selbst gar nicht mit diesen Menschen identifizierten!

So überrascht es nicht, dass für die Mehrheit der jungen Menschen der Generationenkonflikt wenig Bedeutung hat. Die allermeisten definieren sich selbst nicht nur über ihr Alter. Viele zeigen sich zudem verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber solidarisch – nicht nur den eigenen. Die Corona-Pandemie scheint daran nichts geändert zu haben.



³ Und wurde in dieser Größenordnung bereits von anderen Studien angezeigt, zum Beispiel von der [Jugendstudie der TUI-Stiftung](#).

Zusammengefasst:

- Die Mehrheit der 16- bis 35-Jährigen in Deutschland identifiziert sich als junge Menschen.
- Junge Menschen sehen sich aber nicht ausschließlich als jung. Die allermeisten haben vielfältige Identitäten und fühlen sich mehreren Gruppen zugehörig.
- Trotz der Bedeutung des Alters empfinden die meisten jungen Menschen keinen besonders starken Generationenkonflikt. Konflikte zwischen Arm und Reich oder politisch Linken und Rechten wiegen für viele junge Menschen deutlich schwerer.
- Viele finden zudem, dass junge Menschen, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen, mehr Aufmerksamkeit von der Politik bekommen sollten.

#4

**Party-Jugend versus
OkBoomer – ein neuer
Generationen-
konflikt?**



5

Was jungen Menschen
vor der Bundestags-
wahl 2021 besonders
wichtig ist

Nach Jahren mit Klimademos, #FridaysforFuture und #BlackLivesMatter lässt sich der Mythos von der politikverdrossenen Jugend längst nicht mehr aufrechterhalten – der von einer jugendverdrossenen Politik dagegen schon eher, zumindest wenn es nach jungen Menschen geht.

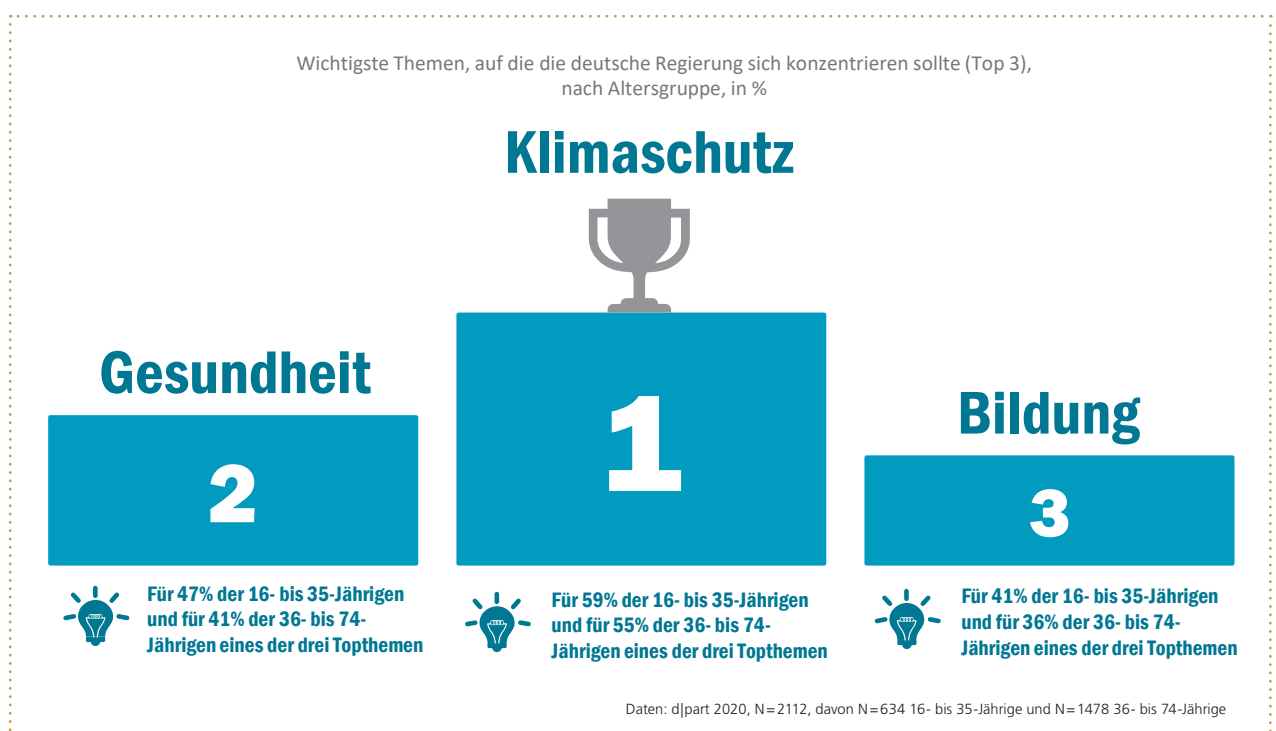
Jede_r Zweite unter 36 Jahren wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für die Belange junger Menschen von Seiten der Politik. Worauf kommt es jungen Menschen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 besonders an? Wie und mit welchen Themen können Politiker_innen viele junge Menschen erreichen?

Mehr Aufmerksamkeit für Klima, Gesundheit und Bildung

Klar, auch im Jahr der Bundestagswahl steht das Klima bei jungen Menschen im Vordergrund (darüber sprachen wir bereits in Teil 3). Für sechs von zehn jungen Befragten (59 Prozent) sollte der Klimaschutz eine der Topprioritäten der deutschen Politik sein. Die über 35-Jährigen sehen das durchaus ähnlich – von diesen sagten immerhin auch 55 Prozent, der Klimaschutz wäre für sie zentral.

Vom Klimaschutz mal abgesehen, wünschen sich die meisten jungen Menschen auch mehr Aufmerksamkeit für die Gesundheitsversorgung – dies sagten immerhin 47 Prozent der 16- bis 35-jährigen Befragten – und für das Thema Bildung (43 Prozent).

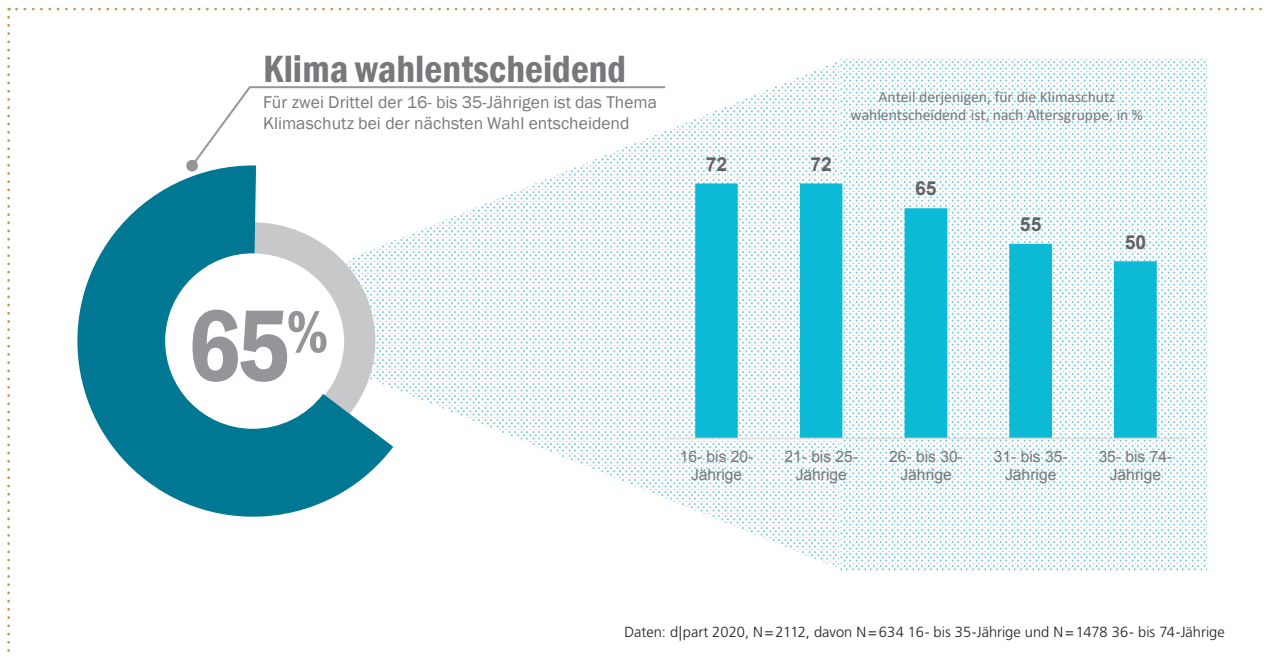
Während die Bedeutung der Bildung für junge Menschen eher keine so große Überraschung darstellt, so ist die hohe Priorität des Themas Gesundheit unter jungen Menschen durchaus bemerkenswert – zum einen, weil junge Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen dem Thema Gesundheit in etwa eine gleich hohe Priorität einräumen, und zum anderen, weil das Thema jungen Menschen vergleichsweise wichtiger ist als älteren Mitbürger_innen.



Von den 36- bis 74-Jährigen sahen nur 41 Prozent der Befragten die Priorität bei der Gesundheitsversorgung. Wichtiger war den älteren Befragten etwa die soziale Sicherheit der Bevölkerung: Dies sagten immerhin 45 Prozent der Befragten in dieser Altersgruppe, während es bei den 16- bis 35-Jährigen nur 31 Prozent waren.

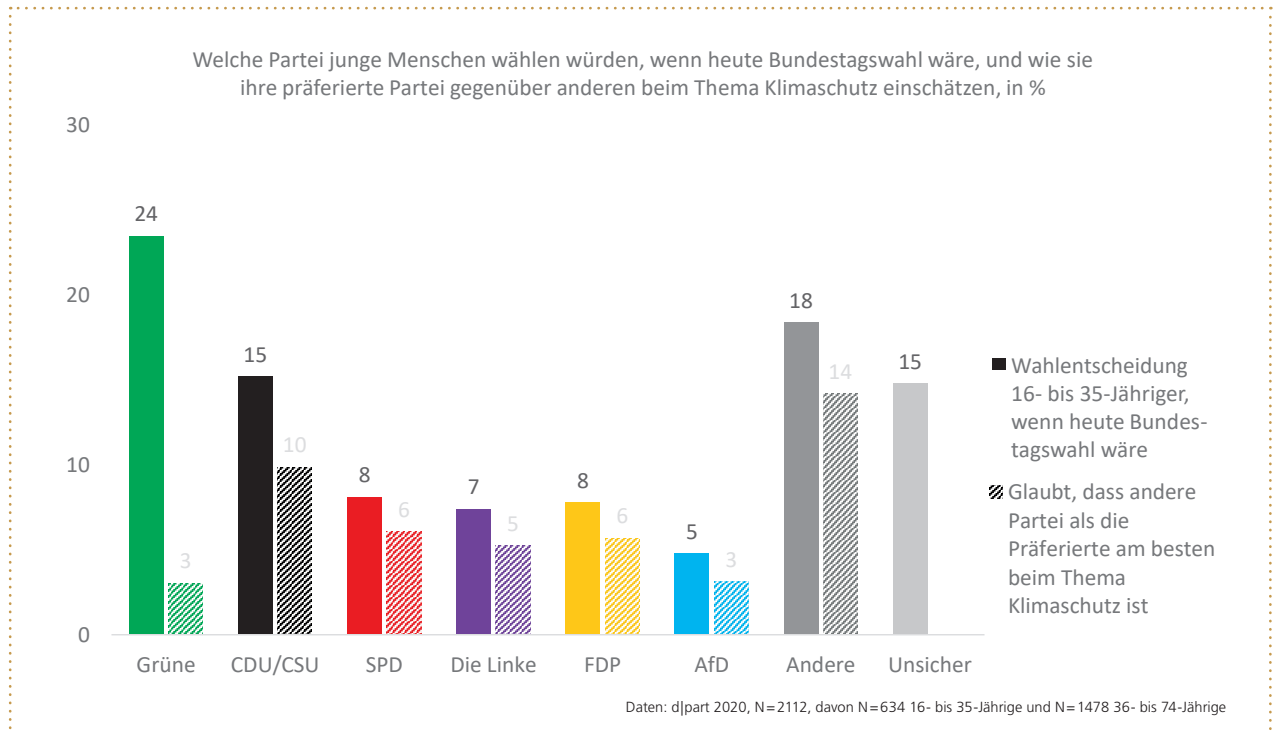
Klimapolitik ist wahlentscheidend

Obwohl der Klimaschutz nicht das einzige wichtige Thema ist, könnte es für viele junge Menschen durchaus wahlentscheidend sein. Knapp zwei Drittel der 16- bis 35-Jährigen gaben an, eine bestimmte Partei aufgrund ihrer Klimaagenda wählen zu wollen. Unter den Jüngsten – den 16- bis 25-Jährigen – waren es sogar gut sieben von zehn (72 Prozent)!



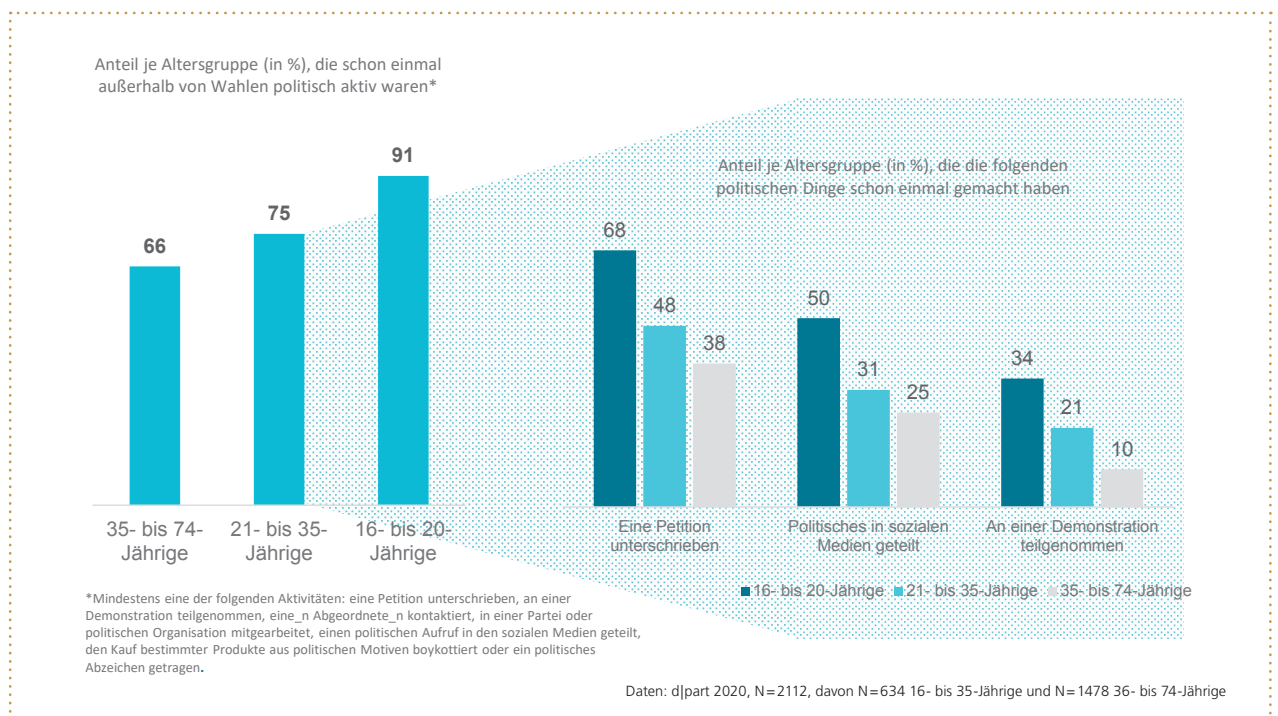
Dazu kommt, dass viele junge Menschen – und zwar mehr als unter den älteren – ihre eigentlich präferierte Partei als bisher wenig überzeugend in Sachen Klimapolitik bewerten.

Vor allem die Grünen könnten so vom wahlentscheidenden Thema Klima profitieren. Wenn zum Zeitpunkt unserer Befragung bereits Bundestagswahl gewesen wäre, hätten die Grünen die Wahl unter den 16- bis 35-Jährigen klar gewonnen. Sie ist auch die einzige Partei, die laut jungen Menschen beim Thema Klimaschutz bisher überzeugen kann.



Wahlen sind nicht alles – zumindest nicht für junge Menschen

Allerdings sind Wahlen bei Weitem nicht das einzige, was für junge Menschen in politischer Hinsicht zählt. Junge Menschen sind auch außerhalb von Wahlen politisch aktiv!



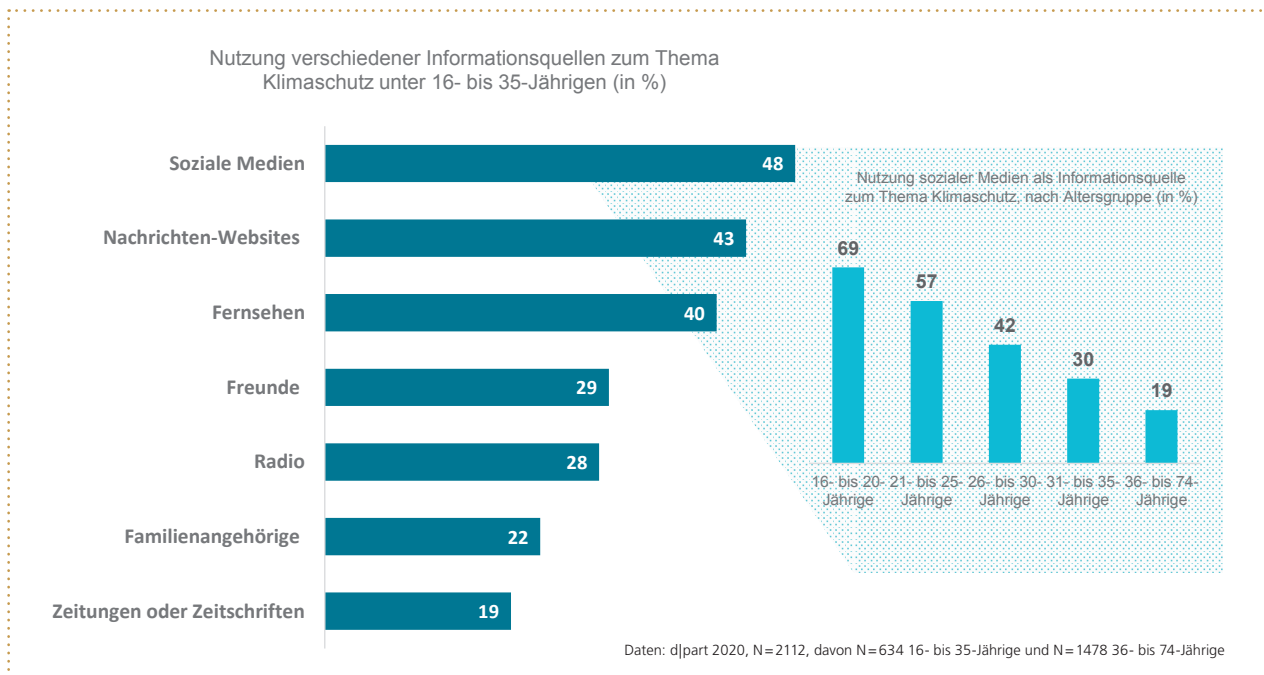
Fast 80 Prozent der jungen Befragten – und weit mehr als unter den älteren, hier waren es nur 66 Prozent – gaben an, sich schon einmal unabhängig von Wahlen politisch beteiligt zu haben, zum Beispiel indem sie an einer politischen Demonstration teilnahmen, eine Petition unterschrieben oder in einer Partei oder politischen Organisation mitmachten.

Vor allem bei Protesten, Petitionen und in den sozialen Medien sind junge Menschen weitaus engagierter als ältere. Von den 16- bis 20-Jährigen haben mehr als zwei Drittel schon einmal eine Petition unterschrieben. Unter den über 35-Jährigen war es nur ein Drittel, unter den 21- bis 35-Jährigen immerhin rund die Hälfte. Jede_r Zweite hat schon einmal einen politischen Aufruf in den sozialen Medien geteilt und 34 Prozent der Jüngsten waren bereits einmal auf einer Demo.

Soziale Medien gewinnen an Bedeutung, zumindest bei bestimmten Themen

Und die sozialen Medien sind nicht nur nützlich, wenn es um das Teilen politischer Inhalte geht. Viele junge Menschen, vor allem die Jüngsten, nutzen soziale Medien auch, um sich gezielt zu bestimmten politischen Themen zu informieren. In Sachen Klimaschutz sagten fast 70 Prozent der 16- bis 20-jährigen Befragten, dass sie ihre Informationen zum Thema unter anderem aus den sozialen Netzwerken beziehen! Unter den 21- bis 35-Jährigen äußerten das immerhin noch 41 Prozent der Befragten.

Das ist durchaus ein Unterschied zu vergangenen Jahren und auch zwischen dem Klimaschutz und der Politik allgemein. Während in der Vergangenheit immer galt, dass junge Menschen – genauso wie ältere auch – Informationen zu politischen Fragen hauptsächlich im Fernsehen oder über die Online-Angebote von Tageszeitungen und Nachrichtenportalen erhielten, so gilt jetzt, dass vor allem die Jüngsten bei bestimmten Themen ganz gezielt auch die sozialen Medien für Informationen ansteuern.



Andere wichtige Informationsquellen sind Online-Nachrichtenportale (nutzten immerhin 43 Prozent der jungen Befragten), Fernsehen (40 Prozent), Freunde (29 Prozent) sowie auch Radioprogramme (28 Prozent). Im Gegensatz zur älteren Bevölkerung stellen sich vor allem die Jüngsten – die unter 25-Jährigen – ihre Informationen zu politischen Themen aus einer Vielzahl von Quellen zusammen.

Zusammengefasst:

- **Junge Menschen in Deutschland wünschen sich mehr Aufmerksamkeit für die Themen Klimaschutz, Bildung und Gesundheit – und zwar mehr als ältere Menschen.**
- **Für viele junge Menschen ist das Thema Klimaschutz wahlentscheidend. Davon könnten vor allem die Grünen bei der Bundestagswahl profitieren.**
- **Wahlen sind nicht alles! Junge Menschen beteiligen sich auch außerhalb von Wahlen an Politik – und zwar viel häufiger als ältere Menschen.**
- **Junge Menschen stellen sich ihre Informationen zu politischen Themen aus einer Vielzahl von Quellen zusammen. Bei manchen Themen, der Klimapolitik zum Beispiel, steuern sie auch gezielt die sozialen Medien für Informationen an, vor allem die Jüngsten.**

#5
Was jungen Menschen
vor der Bundestagswahl
2021 besonders
wichtig ist

ANHANG

Über die Studie

Über die Autor_innen

Über das Forum

Politik und Gesellschaft

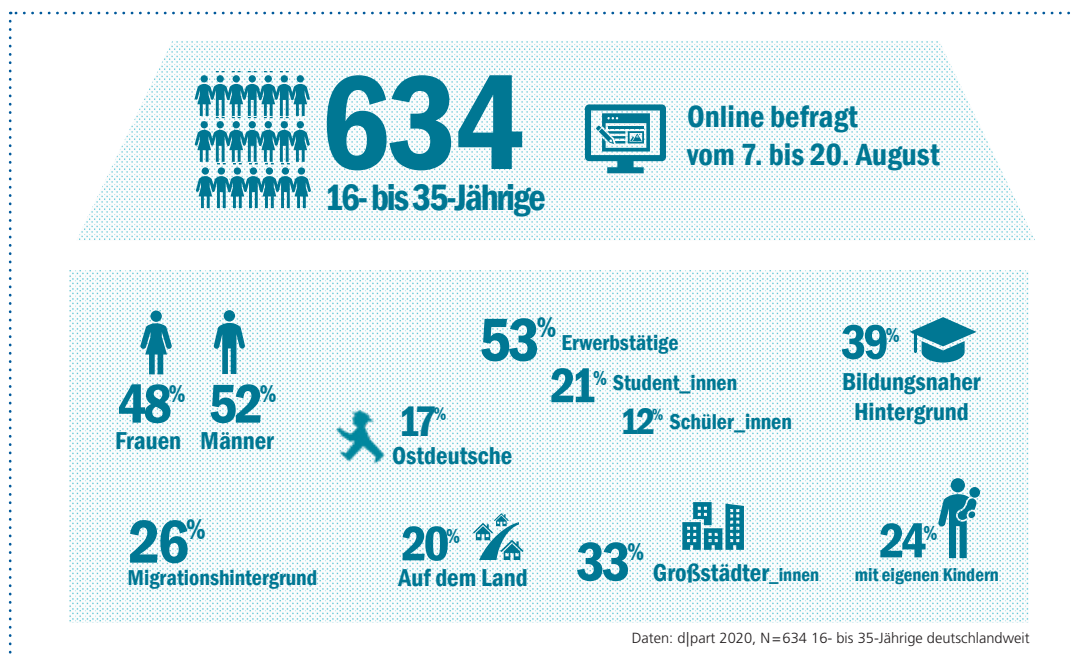
der Friedrich-Ebert-

Stiftung

Über die Studie

Für diese Studie wurden in ganz Deutschland **634 junge Menschen** zwischen 16 und 35 Jahren befragt. Junge Menschen wurden eingeladen, ihre Meinung zu den verschiedenen Themen in einer Online-Umfrage zu teilen. Die Umfrage haben wir zwischen dem **7. und 25. August 2020** durchgeführt. Alle Teilnehmer_innen wurden aus Online-Panels rekrutiert. Neben den 634 jungen Menschen haben wir auch 1.478 Menschen im Alter von 36 bis 74 Jahren zu teilweise ähnlichen Themen in Deutschland befragt. So können wir für einige Fragen vergleichen, ob junge Menschen im Durchschnitt fundamental andere Ansichten haben als ältere.

Die **Umfrage** war ungefähr 20 Minuten lang und umfasste Fragen zu verschiedenen Politikbereichen sowie zu politischen Ansichten. Die Teilnehmenden wurden auch gebeten, ein paar Fragen zu ihrer Person zu beantworten. So können wir darüber berichten, wer welche Ansichten teilt. Alle Fragen wurden gemeinsam mit Expert_innen aus der Politik und der Friedrich-Ebert-Stiftung entworfen und vor dem Umfragestart sorgfältig getestet.



Die Befragten sind **repräsentativ** für alle jungen Menschen im Alter von **16 bis 35 Jahren** in Deutschland. Das heißt, dass ihre Antworten stellvertretend für die aller jungen Menschen in Deutschland stehen können. Bei einer repräsentativen Umfrage sind alle Teile der jungen Bevölkerung zu dem Anteil vertreten, wie er auch in ganz Deutschland vorliegt. Das heißt, es wurden ungefähr gleich viele junge Männer wie Frauen befragt. Auch haben wir junge Menschen aus allen Bundesländern, junge Menschen auf dem Land und in der Stadt, junge Menschen mit und ohne Migrationsbiographie und junge Menschen mit verschiedenen Bildungswegen befragt.

Um besonders genau zu sein und alle Teile der jungen Bevölkerung gut abzubilden, haben wir die Daten gewichtet (mit ein bisschen Mathematik). Das heißt, dass Gruppen von jungen Menschen, die in der Umfrage zu wenig vertreten waren, bei der Berechnung von Proportionen und Durchschnittsn stärker ins Gewicht genommen wurden als junge Menschen, von denen viele an der Umfrage teilgenommen haben.

Über die Autor_innen

Dr. Christine Hübner ist Forscherin bei d|part und lehrt und forscht zu Jugend und Politik an der Nottingham Trent University. Gemeinsam mit den Kolleg_innen von d|part hat Christine zu den Einstellungen junger Leute in Deutschland und Europa geforscht und dazu, was ihnen in Sachen Politik wichtig ist.

Sascha Nicke ist Forscher bei d|part und promoviert am Lehrstuhl für Sozialgeschichte an der Universität Potsdam über Fragen der Identität. Des Weiteren engagiert er sich ehrenamtlich für den Thinktank Polis180 und leitet dort das Programm Europäische Identität.

Dr. Jan Eichhorn ist Forschungsdirektor bei d|part und Dozent an der Universität von Edinburgh. Mit dem Team von d|part forscht er daran, wie sich junge Leute an Politik beteiligen wollen und wie die Menschen in verschiedenen Ländern in Europa auf die Politik schauen. Jan ist regelmäßig im Fernsehen oder im Radio zu sehen und zu hören, zum Beispiel wenn er Forschungsergebnisse erklärt.

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Erforschung und Förderung verschiedener Formen politischer Partizipation. Wir geben Orientierung beim Erfassen und Verstehen von Bürgermeinungen und der Zivilgesellschaft und helfen, die Wünsche und Anforderungen der Bürger_innen an Formen der politischen Beteiligung umzusetzen.

Webseite: dpart.org

Twitter: [@d_part](https://twitter.com/d_part)

Über das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die politische Bildungs- und Beratungsarbeit des Forum Politik und Gesellschaft setzt an wichtigen und zukunftsweisenden Themen, insbesondere in den Feldern Partizipation, Engagement und Demokratie, an, ebenso wie bei der Geschlechter-, Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik.

Unser Ziel ist es, innovative und gerechte Lösungen für aktuelle gesellschaftliche Fragen zu erarbeiten, gesellschaftliche Akteur_innen in den politischen Prozess einzubinden sowie Verständnis, Interesse und Begeisterung für Politik und Demokratie zu fördern. Insbesondere die Chancen und Interessen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen stehen hier im Fokus.

Grundlage für unsere thematische Arbeit und die politische Beratung sind praxis- und politiknahe Studien und Expertisen. Die Diskussionsangebote reichen vom vertiefenden Fachgespräch bis zum breit angelegten öffentlichen Diskurs. Einen besonderen Fokus legt das Referat auf beteiligungsorientierte Veranstaltungsmethoden wie Planspiele, legislatives Theater, Fishbowl-Diskussionen oder Open Space-Konferenzen.

Webseite: fes.de/forumpug

Facebook: [FES Jugend und Politik](#)



**Blog zur
Bundestags-
wahl 2021**